

# Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF)

info@amnesty-frauen.de – Facebook: @amnesty.women – Twitter: @AmnestyFrauen – Instagram: @amnestywomen

## Safe Abortion Day am 28.09.2022

### Polen: Nur sichere Abtreibungen können verboten werden!

(Dominique Renault – Stand: 29. August 2022)

#### Aktuelle Rechtslage

Seit dem 27. Januar 2021 ist ein Schwangerschaftsabbruch in Polen laut Gesetz nur aus zwei Gründen zulässig:

- wenn die Gesundheit oder das Leben der schwangeren Person gefährdet ist
- wenn die Schwangerschaft das Ergebnis von Vergewaltigung oder Inzest ist

Allerdings:

Der bloße Besitz oder die eigene Anwendung abtreibungseinleitender Medikamente ist in Polen nicht strafbar.

#### Aber:

Es drohen allen Personen oder Ärzt\*innen, die einer schwangeren Person helfen, jenseits der gesetzlich zulässigen Grenzen einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, bis zu drei Jahren Gefängnis. Dies hat eine erhebliche abschreckende Wirkung.

Gesetzliche Beschränkungen und andere Hindernisse wie die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führen dazu, dass Frauen und alle schwangeren Personen nur schwer oder gar keinen Zugang zu Arzneimitteln und einer hochwertigen medizinischen Versorgung im Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch haben und Gefahr laufen, den Abbruch mit unsicheren Methoden selbst vorzunehmen oder sich an Stellen zu wenden, die für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht qualifiziert sind. Insbesondere Schwangeren aus einkommensschwachen und ländlichen Gemeinden wird der Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch erschwert.

#### Hintergrund

Das Anti-Abtreibungsgesetz ist bereits in den Jahren 2016 und 2018 diskutiert worden und hat eine massive Welle nationaler Proteste ausgelöst. Die gesellschaftliche Reaktion veranlasste das Parlament, das Gesetz zurückzustellen.

2020 inmitten der COVID-19-Pandemie versuchte die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit im Parlament ein vollständiges Verbot von Abtreibung und Sexualerziehung durchzusetzen. Die Regierungspartei versuchte dabei eindeutig, die Einschränkungen des Versammlungsrechts auszunutzen, um weit verbreitete Proteste zu vermeiden, wie in der Vergangenheit als Reaktion auf den Gesetzesvorschlag erlebt.

Polen hatte bereits eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa. Ein Abbruch war legal, wenn die Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Mutter gefährdet, wenn sie Ergebnis einer Vergewaltigung ist oder wenn das Ungeborene schwere Fehlbildungen aufweist. Dies ist bislang der häufigste Grund für eine Abtreibung gewesen, wie die Statistik des Gesundheitsministeriums zeigt. So wurden bei einer Bevölkerungszahl von 38 Millionen von den rund 1100 Abtreibungen, die 2018 in polnischen Kliniken durchgeführt wurden, 1050 mit Fehlbildungen des ungeborenen Kindes begründet.

Am 22. Oktober 2020 entschied das polnische Verfassungsgericht, dessen Unabhängigkeit und Legitimität aufgrund der Besetzung der Richter\*innen infrage gestellt wird, dass ein Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer tödlichen oder schweren Schädigung des Fötus verfassungswidrig sei, und strich damit einen der wenigen verbleibenden legalen Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch.

Am 27. Januar 2021 trat das Urteil in Kraft.

## Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF)

info@amnesty-frauen.de – Facebook: @amnesty.women – Twitter: @AmnestyFrauen – Instagram: @amnestywomen

### Justyna Wyrzyńska

Die Menschenrechtsverteidigerin wurde wegen ihres Einsatzes für den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen angeklagt. Sie wird wegen „Hilfe bei der Durchführung einer Abtreibung“ und wegen „Besitzes nicht zugelassener Arzneimittel mit dem Ziel, diese in den Verkehr zu bringen“ angeklagt. Im Falle einer Verurteilung drohen ihr bis zu drei Jahren Haft. Amnesty International vermutet wie auch andere, dass Justyna Wyrzyńska als Repressalie für ihre legitimen Bemühungen um den Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen in Polen angeklagt wurde. Sie ist eine „Doula“, eine Schwangerschafts- und Geburtsbegleiterin. Sie gehört zu den Gründerinnen des polnischen Aktivist\*innenkollektivs Aborcyni Dream Team, das sich gegen die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzt und Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbruch bereitstellt, u.a. über die Leitlinien der WHO (Weltgesundheitsorganisation) für einen sicheren, selbst durchgeführten Schwangerschaftsabbruch zu Hause.

### Aussicht

Seit dem Inkrafttreten des Urteils am 27. Januar 2021 haben sich mehr als 1000 Frauen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt, um ihre Rechte einzufordern und das äußerst restriktive polnische Abtreibungsgesetz anzufechten und Gerechtigkeit zu erlangen. Diese bahnbrechenden Fälle sind die ersten direkten Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen das polnische Abtreibungsgesetz. Die Klägerinnen machen geltend, dass das polnische Abtreibungsgesetz ihnen schweren Schaden zufügt und gegen ihr Recht auf Privatsphäre und Freiheit von Folter und anderer Misshandlung verstößt.

Neun führende internationale Menschenrechtsorganisationen haben in diesen Fällen eine Drittbeteiligung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, darunter Amnesty International, das Center for Reproductive Rights, Human Rights Watch, die International Commission of Jurists (ICJ), die International Federation for Human Rights (FIDH), das International Planned Parenthood Federation European Network (IPPF EN), Women Enabled International, Women's Link Worldwide und die World Organisation Against Torture (OMCT). Die Beiträge liefern Beweise und Analysen, die sich auf internationale Menschenrechtsgesetze, vergleichendes europäisches Recht und Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation stützen. Sie skizzieren die tiefgreifenden Auswirkungen, die sehr restriktive Abtreibungsgesetze auf das Leben und die Gesundheit von Frauen und Mädchen im reproduktiven Alter haben.

### Quellen:

Justyna Wyrzyńska

[www.amnesty.de/sites/default/files/2022-03/028\\_2022\\_DE\\_Polen.pdf](http://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-03/028_2022_DE_Polen.pdf)

[www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/polen-feministin-droht-haft-2022-03-29](http://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/polen-feministin-droht-haft-2022-03-29)  
(29.03.2022)

[www.amnesty.org/en/latest/news/2022/07/poland-charges-against-activist-accused-of-aiding-an-abortion-must-be-dropped-2/](http://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/07/poland-charges-against-activist-accused-of-aiding-an-abortion-must-be-dropped-2/) (13.07.2022)

Poland: Regression on abortion access harms women

[www.amnesty.org/en/latest/news/2022/01/poland-regression-on-abortion-access-harms-women/](http://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/01/poland-regression-on-abortion-access-harms-women/) (26.01.2022)

Poland: A year on. Abortion ruling harms women

[www.amnesty.org/en/latest/news/2021/10/poland-a-year-on-abortion-ruling-harms-women/](http://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/10/poland-a-year-on-abortion-ruling-harms-women/)  
(29.10.2021)

Poland: Roll back of reproductive rights is dark day for Polish women

[www.amnesty.org/en/latest/press-release/2021/01/poland-roll-back-of-reproductive-rights-is-dark-day-for-polish-women/](http://www.amnesty.org/en/latest/press-release/2021/01/poland-roll-back-of-reproductive-rights-is-dark-day-for-polish-women/) (27.01.2021)